

Das RKI, die überschätzte Behörde

Stand: 08.07.2022 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Benjamin Stibi



RKI-Präsident Wieler mit Gesundheitsminister Lauterbach

Quelle: picture alliance / photothek

Dem RKI kommt weiterhin eine zentrale Rolle bei der Entscheidung über neue Corona-Maßnahmen zu. Dabei ist die Behörde stark von der Politik abhängig. Und wie ihr jüngster Monatsbericht erneut zeigt, arbeitet sie höchst intransparent. Es wird Zeit für eine Neubewertung.

Das Robert Koch-Institut (RKI) ist aus der deutschen Corona-Politik nicht wegzudenken. Kein Tag vergeht, ohne dass die von ihm ausgerufenen Inzidenzen durch die Medien geistern, und im Winter verfolgte die Bevölkerung die gemeinsamen Pressekonferenzen von RKI-Chef Lothar Wieler und dem amtierenden Bundesgesundheitsminister gebannt als den Tatort.

Der Eindruck entstand: Hier arbeiten Politik und Wissenschaft Hand in Hand, die ergriffenen Maßnahmen beruhen auf den Empfehlungen unabhängiger Experten. Doch in Wirklichkeit lag keine Partnerschaft auf Augenhöhe, sondern eine Hierarchie vor. Denn beim RKI handelt es sich rechtlich gesehen um eine weisungsabhängige Behörde, die dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) und seinen Anordnungen unterstellt ist. Der Minister ist dadurch in der Position, die Veröffentlichung politisch unliebsamer Studien (</politik/deutschland/plus239487731/RKI-Studie-Starker-Anstieg-psychischer-Probleme-waehrend-Pandemie.html>) durch das RKI zurückzuhalten, oder kann Projekten zur Verbesserung der Datenlage die Freigabe verweigern.

Umso problematischer ist das Ausmaß, in dem sich Gerichte zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Corona-Maßnahmen auf die Einschätzung des RKI stützen. Eine Auswertung der Juristen Johannes Kruse und Christian Langner (<https://beck-online.beck.de/Dokument?vpath=bibdata%2Fzeits%2Fnjw%2F2021%2Fcont%2Fnjw.2021.3707.1.htm&anchor=Y-300-Z-NJW-B-2021-S-3707>) von rund 2300 verwaltungsgerichtlichen Corona-Beschlüssen zeigt, dass die Erfolgchancen für die Kläger dreimal höher waren, wenn das Gericht den Argumenten des RKI keine besondere Bedeutung zumaß. Die vier renommiertesten internationalen naturwissenschaftlich-medizinischen Fachblätter wie The Lancet fanden nur in circa ein Prozent der Entscheidungen Einfluss. Um die Akzeptanz der Gerichtsentscheidungen zu stärken, sollten künftig vermehrt wissenschaftliche Studien ergänzend rezipiert werden, fordern Kruse und Langner daher.

Dass Rechtsschutzsuchende andererseits das Gefühl bekommen könnten, gegen eine Wand zu rennen, wurde auch jüngst wieder deutlich: Das RKI gab Ende April bekannt, seine Berechnungen, wie wirksam eine Impfung vor Covid-19 schützt, fortan in einem eigenen Monatsbericht zu veröffentlichen und nicht mehr wie bisher in den Wochenberichten. Ein Softwareproblem (</politik/deutschland/plus239764677/RKI-Zahlen-Die-Geheimniskraemerei-um-die-Daten-zur-Impfeffektivitaet.html>) führte jedoch dazu, dass die Publikation immer wieder nach hinten verschoben wurde.

Währenddessen lief vor dem Bundesverwaltungsgericht eine Verhandlung über die Soldaten-Duldungsimpfpflicht, in der die Frage der Impfeffektivität eine zentrale Rolle spielte und zu der auch ein Vertreter des RKI aussagte. Am Donnerstagvormittag lehnte das Gericht schließlich die Klage ab, unter anderem mit der Begründung, dass es sich „nach der von ihm durchgeführten Sachverständigenanhörung“ der Bewertung des Bundesverfassungsgerichts (</debatte/kommentare/plus238850261/Impfpflicht-Entscheidung-Karlsruhe-bleibt-im-Corona-Panikmodus.html>) angeschlossen habe, dass die Impfung gegenüber Omikron „eine noch relevante Schutzwirkung im Sinne einer Verringerung der Infektion und Transmission“ bewirke.

Wenige Stunden danach erschien plötzlich der Bericht des RKI, in dem es heißt: „Die derzeit verfügbaren Impfstoffe können mehrere Monate nach der Impfung eine asymptomatische Infektion oder milde Verlaufsform von COVID-19 inzwischen nur noch in geringem Maße verhindern.“

Es fehlt an transparenterer Öffentlichkeitsarbeit

Das Timing hinterließ einen faden Beigeschmack. Zudem fielen WELT-Lesern zahlreiche Ungereimtheiten in dem Bericht auf: Beispielsweise konnte das RKI (sogar rückwirkend bis Mitte 2021) nun doch ausweisen, wer mit und wer aufgrund von Covid-19 hospitalisiert wurde. Die Impfeffektivität gegen eine symptomatische Infektion wurde dagegen aufgrund angeblicher

„Verzerrung“ durch verändertes Testverhalten nicht mehr anhand der Meldedaten berechnet, sondern auf eine fragwürdige Auswertung internationaler Literatur gestützt. Diese selektive Datenauswahl und –aufbereitung ist wohl die Konsequenz aus dem selbst verschuldeten Versagen bei der Datenerfassung, die der Sachverständigenausschuss dem RKI attestiert hat (</politik/deutschland/plus239672507/Corona-Evaluierungsbericht-Eine-Generalabrechnung-mit-der-Politik-und-dem-RKI.html>).

Den „vielen Missverständnissen“, denen sich die Behörde wiederholt ausgesetzt sieht, könnte eine motiviertere und transparentere Öffentlichkeitsarbeit entgegenwirken. Laut den Erhebungen des COSMO-Projekts (<https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/vertrauen-ablehnung-demos/10-vertrauen/#vertrauen-in-regierung-europ%C3%A4ische-union-wissenschaft-rki-und-who-im-%C3%BCberblick>), dem auch das RKI angehört, vertrauen die Deutschen dem RKI inzwischen weniger als der Wissenschaft.

Aufgrund dieser strukturellen Probleme greift es zu kurz, angesichts der zahlreichen Versäumnisse des RKI in den letzten beiden Jahren nur die Entlassung von Lothar Wieler zu fordern (</politik/deutschland/article239674873/Wolfgang-Kubicki-fordert-Lauterbach-auf-RKI-Praesident-Wieler-zu-entlassen.html>). Der Verdacht liegt nahe, dass Karl Lauterbach als dessen Nachfolger schlicht einen Parteisoldaten einsetzen würde.

Als Lösung sind daher nur zwei Optionen denkbar: Entweder wird die politische Identität des RKI in Zukunft klar kommuniziert und seine Rolle bei der Entscheidung über Grundrechtseingriffe entsprechend reduziert. Oder die Regierung setzt das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel, das RKI in seiner wissenschaftlichen Arbeit weisungsungebunden zu machen, endlich um.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  529

NEIN  37

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239822469>